

KRANKENHAUS

EXTRA

info

Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart

April 2022

ver.di

Kolleginnen und Kollegen auf den Stationen des Klinikums Stuttgart:

Am 4. Mai 2022, ab 8.30 Uhr, tagt der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der LHS Stuttgart im Rathaus. In dieser Sitzung wird endlich der Antrag von zwei Gemeinderatsfraktionen behandelt, der **dauerhafte Zulagen für Pflegepersonen auf den Stationen des Klinikums** fordert.

Schickt deshalb eure Vertreter:innen, die frei oder Spätdienst haben, ins Rathaus, **am Mittwoch, den 4. Mai 2022.**

Treffpunkt bis 8 Uhr vor dem Rathaus

Wir gehen dann gemeinsam zum Sitzungssaal, in dem der Verwaltungsausschuss zusammenkommt.

Der Antrag nimmt eine Initiative der ver.di-Betriebsgruppe des Klinikums Stuttgart auf, die von über 1800 Unterstützer:innen unterschrieben worden war.

Zuerst hatte der Verwaltungsrat des Klinikums die Diskussion verschoben, dann, am 6. April 2022 auch der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats. Ziel des Antrags ist es, dass der Gemeinderat dem Verwaltungsrat den notwendigen finanziellen Spielraum verschafft, für eine wirksame und dauerhafte Zulage für das Pflegepersonal aller Stationen des Klinikums. Ähnlich der Zulage, die bereits in einem anderen Stuttgarter Krankenhaus schon länger bezahlt wird und trotz Einspruch der

Krankenkassen nach einem Schiedsstellenspruch von den Krankenkassen finanziert werden muss. Es geht also um eine Art Bürgschaft des Gemeinderats, z. B. aus der Deckungsreserve der Stadt Stuttgart, bis die Finanzierung durch die Krankenkassen bestätigt wird.

Beschäftigte des Klinikums Stuttgart und Unterstützer:innen haben am 06.04.2022 die Mitglieder des Verwaltungsausschusses auf die Notwendigkeit einer Pflegezulage für die Stationen hingewiesen.

Foto: privat



- bitte wenden -

Warum eine Zulage für die Pflegekräfte auf den Stationen?

- Zu lange schon muss zu wenig Fachpersonal zu viele Patient:innen auf den Stationen versorgen. Das gefährdet die Versorgung der Patient:innen und die Gesundheit des Stationspersonals.
- Wie prekär die Situation ist, wird deutlich an der bestehenden Berufsfucht oft schon bereits kurz nach der Ausbildung, aber auch von langjährigen Pflegepersonen. Obwohl der Bundestag beschlossen hatte, dass alle Pflegepersonen, die zusätzlich eingestellt werden, auch finanziert werden, sind vielerorts nicht einmal die offenen Stellen besetzbar.
- Einige Stationen sind wegen Personalmangels bereits geschlossen, andere könnten folgen.
- Die Versorgungssituation der Patient:innen und die Belastung des Pflegepersonals kann sich nur zum Besseren wenden, wenn die Fachkräfte gehalten und neue dazu gewonnen werden können. In der bestehenden Situation scheint das nicht zu klappen, da viele Berufsaussteiger:innen nur bereit wären unter veränderten Bedingungen in ihren Beruf zurückzukehren.
- Die kommunalen Arbeitgeber haben durch ihre Sturheit verpasst, in der letzten Tarifrunde verlässlich durch deutliche Tariferhöhungen ein entsprechendes Signal zu setzen, obwohl auch dies voll durch die Krankenkassen finanziert würde.
- Deshalb muss jetzt der Gemeinderat einspringen. Bis die Finanzierung durch die Krankenkassen geklärt ist, muss er dem Klinikum den finanziellen Spielraum für eine wirksame Zulage geben.
- **Sonst bleibt es bei der dauerhaften Überlastung des Pflegepersonals auf den Stationen, wenn kein finanzielles Signal für eine grundsätzliche Änderung kommt.**
- Folge wäre ein immer weiterer Abbau von Leistungen, von belegbaren Betten oder von ganzen Abteilungen. Hier dürften vor allem die durch das Fallpauschalen-System defizitären Abteilungen gefährdet sein.
- Schließlich wären dann durch „personelle Anpassungsmaßnahmen“ auch Stellen anderer Berufsgruppen in Gefahr.

Kommt für eine dauerhafte Zulage, damit die Situation dauerhaft verbessert werden kann.

